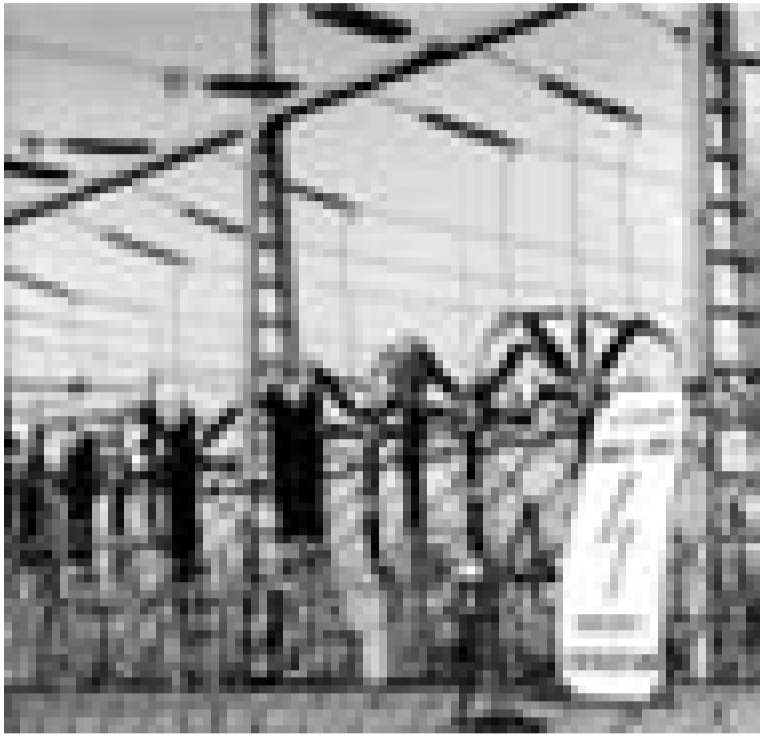


CATTENOM

# Gefährliche Liaison



Strom aus Cattenom - todgefährlich!

(Foto: Christian Mosar)

**Strom aus Cattenom, nein danke! So lautete jahrzehntelang das Credo der Luxemburger Energiepolitik. Der Boykott ist im liberalisierten Strommarkt kaum noch haltbar.**

Die Firma Arcelor, früher Arbed, steht für den Industriestandort Luxemburg - verdienten doch in der Blütezeit der Stahlerzeugung Zehntausende von Menschen dort ihr Brot. Das Atomkraftwerk Cattenom ist eine tickende Zeitbombe vor den Toren des Großherzogtums - und bewirkte, dass schon vor der Tschernobyl-Katastrophe die meisten LuxemburgerInnen gegen Nuklearstrom waren. Wenn nun diese beiden Symbole durch eine Hochspannungsleitung verbunden werden sollen, muss das für Aufregung sorgen. Seit den Achtzigern, als die Atomzentrale gegen den Widerstand Luxemburgs errichtet worden war, herrschte ein politischer Konsens, aus Frankreich keinen Strom zu beziehen. Doch vor zwei Wochen hat die Arcelor-Tochtergesellschaft Sotel ein Kommodo-Dossier für die Anbindung ihrer Elektrostahlwerke an das französische Stromnetz vorgelegt.

"Jahrzehntelang wurden alle Leitungsprojekte nach Cattenom verhindert - und dadurch die Betreibergesellschaft EDF von Luxemburg boykottiert", sagt Claude Turmes, grüner Europaabgeordneter. Wenn es die Re-

gierung ernst meine mit dem Widerstand gegen Cattenom, müsse sie sich mit allen Mitteln dieser symbolträchtige Leitung in den Weg stellen. Bezieht der wichtigste nationale Industriebetrieb erst einmal Billigstrom, ohne sich um die Herkunft zu scheren, so dürften ihm viele Großverbraucher nacheifern - der Cattenom-Bann wäre gebrochen.

## Graswurzeln gegen Pylonen

Was sich gegen das Vorhaben tun lässt, scheint niemand so recht zu wissen. Jeannot Logelin, grüner Schöffe in Differdingen, verweist darauf, dass die Leitung eine Habitat-Schutzzone durchquert. Die Gemeinde werde das Kommodo-Dossier erst nach den Schulferien auslegen, damit möglichst viele Einwohner Stellung beziehen können. In den drei betroffenen Gemeinden Differdingen, Esch und Sassenheim sind die Grünen im Schöffenrat vertreten. "Wir sind klar gegen die Leitung", sagt Logelin. "Wir setzen uns dafür ein, dass unsere drei Gemeinden Einspruch erheben." In Differdingen habe es eine erste Aussprache gegeben, und die Stellungnahme der Gemeinde werde wohl "ablehnend, mindestens aber sehr kritisch ausfallen".

"Die Leitung ist eine Ohrfeige für alle Gegner des französischen Nuklearprogramms", sagt Roger Spautz von Greenpeace Luxemburg. Er fordert, der Staat solle seinen Einfluss als Arcelor-Aktionär geltend machen. Von der Website der Umweltorganisation kann man einen Brief herunterladen, um Einspruch gegen das Vorhaben zu erheben. Darin heißt es: "Avec l'achat de courant nucléaire français, la société Sotel soutiendrait la production continue d'électricité nucléaire à haut risque au détriment du développement des énergies renouvelables." Auch das Argument der Arcelor-Tochter Sotel, die beantragte Leitung verbessere die Sicherheit der Stromversorgung, lässt Greenpeace nicht gelten. Derzeit sind die Elektrostahlwerke nur an das belgische Netz der Electrabel angebunden, wohingegen das Cegedel-Netz am deutschen Netz hängt. In Notfällen, wie bei der Strompanne im vergangenen September, können beide Netze verbunden werden. Das Energieministerium untersucht die Möglichkeit einer ständigen Verbindung der beiden Netze. Greenpeace benutzt dieses Vorhaben als Argument gegen die Cattenom-Leitung: "Dans le cas d'une telle interconnexion permanente, il n'y aura plus aucune nécessité de construire une nouvelle ligne haute tension pour connecter le réseau Sotel au réseau français."

Das sieht Claude Turmes anders. Für die Versorgungssicherheit reiche eine gut geregelte Notfall-Prozedur, eine ständige Verbindung sei nicht notwendig. Die belgische Stromfirma Electrabel sei an dem Vorhaben interessiert, weil sie so den luxemburgischen Markt erreichen könne. "Den Ärger dagegen wird die Cegedel haben", so die Einschät-

zung des Europaabgeordneten. Zum einen erzeugen die Elektrostahlwerke starken Flicker in dem Netz, an dem sie hängen. Demgegenüber liefert das Cegedel-Netz derzeit einen sehr stabilen Strom - was ein Standortvorteil für Unternehmen sein kann. Zum anderen würde das Luxemburger Netz vom reinen Verteilungsnetz für Strom aus Deutschland zu einem Transitnetz zwischen Belgien und Deutschland. Das bedeutet, dass bei Übersättigung der speziell dafür vorgesehenen Transitleitungen die Stromflüsse auf das Cegedel-Netz ausweichen würden - so genannte Vagabundströme, die das Netz belasten. Einig sind sich Turmes und Spautz allerdings, dass die Electrabel-Cegedel-Verbindung ein kleineres Übel darstellt als die Arcelor-Cattenom-Leitung.

## Die neue Freiheit

Doch nicht nur die direkte Anbindung der Arcelor steht zur Diskussion. Anders als vor der Stromliberalisierung kann die Arcelor auch ohne die beantragte Leitung Strom von EDF beziehen. Laut EU-Direktiven muss die Electrabel ihr Netz für die Durchleitung über Belgien nach Luxemburg zur Verfügung stellen. Im freien Markt wird das Produkt Strom gleich behandelt, egal, wie es hergestellt wurde. "Luxemburg kann frei entscheiden, aus welchen Quellen hierzulande Strom produziert wird. Den Import von Atomstrom aus EU-Ländern jedoch können wir nicht verbieten", erklärt Claude Turmes die Lage. Vor der Liberalisierung, als nationale, atomfreundliche Monopole existierten, sei es aber auch nicht besser gewesen. Die Achillesferse der Nuklearindustrie sieht er beim Wettbewerbsrecht: EDF zum Beispiel mogele sich an den Entsorgungskosten vorbei und könne dadurch Preisdumping betreiben. Außerdem biete die Liberalisierung den Endkunden die freie Wahl des Stromerzeugers. Als Berichterstatter der zweiten Liberalisierungs-Direktive konnte Claude Turmes eine Kennzeichnungspflicht durchsetzen. "Das gibt den Endkunden die Möglichkeit, den Atomstrom abzulehnen." Auch das eine Folge der Liberalisierung: Die Politik soll von VerbraucherInnen-Vorlieben gestaltet werden statt durch Entscheidungen von BürgerInnen.

Auf Seiten der Regierung herrscht derzeit Funkstille. Trotz mehrmaliger Nachfrage war es nicht möglich, eine Stellungnahme von Seiten des Energieministeriums zu bekommen. Die LSAP, die die Ressorts Energie und Umwelt besetzt, hat vor über 30 Jahren den Bau eines Kraftwerks in Remerschen verhindert. Ihr Einsatz gegen Cattenom in den folgenden Jahrzehnten war geprägt von den Kompromissen, die man als Regierungspartei eingeht. Ob die Arcelor-Leitung das Ende des aktiven Widerstandes der Sozialisten gegen die Nuklearenergie einläutet, wird sich in den kommenden Wochen zeigen.

Raymond Klein

## Umwelt: Es geht bergab

Ein neuer Bericht der Vereinten Nationen zu den Ökosystemen der Welt ist an diesem Mittwoch erschienen. Darin wird ein düsteres Bild der Umweltsituation gezeichnet: Die 1360 WissenschaftlerInnen aus 95 Ländern, die an der Studie "Millennium Ecosystem Assessment" beteiligt waren, stellen zum Beispiel fest, dass heute 24 Prozent der Landfläche kultiviert sind, die Hälfte des Frischwassers für menschliche Bedürfnisse genutzt wird oder 90 Prozent (nach Gewicht) aller Raubfische verschwunden sind. 30 Prozent aller Amphibien seien während dieses Jahrhunderts vom Aussterben bedroht. Die Überausbeutung der Natur schlage aber langfristig auch auf das Wohlbefinden der Menschen zurück, so die Studie, und die Millennium-Ziele zur Ausmerzung der Armut würden dann nicht erreicht. Trotzdem glauben die WissenschaftlerInnen, dass die Degradierung der Ökosysteme reversibel ist, ohne dass dadurch der menschliche Lebensstandard in Frage gestellt wäre. Roger Higman, Sprecher von "Friends of the Earth", kommentierte allerdings: "The report could have gone further in specifying the radical solutions needed to solve the problem."

## Bolkestein: tout le monde est contre

Début de la semaine, l'Inspection du Travail et des Mines (ITM) a rendu attentif au manque de sécurité sur les chantiers luxembourgeois. Dans ce contexte, elle a cité l'exemple d'une "entreprise originaire d'un des nouveaux Etats-membres" dont l'ensemble des salarié-e-s ont été interdit-e-s de travailler, faute de certificat d'aptitude physique. Un cas de Bolkestein avant la lettre, et l'ITM n'a pas manqué de souligner: "Par l'effet de l'application territoriale (par opposition au principe dit 'du pays d'origine') des lois de police nationale, (...) la législation sur le détachement représente un instrument efficace contre la concurrence déloyale et, partant, contre les pratiques de dumping social, sanitaire, sécuritaire et environnemental, représentant un péril grave et imminent pour les travailleurs sur chantiers". A propos d'environnement: la députée européenne Erna Hennicot-Schoepges, membre de la commission de l'environnement du Parlement européen, vient d'introduire un amendement sur le retrait de la distribution d'eau de la directive Bolkestein, l'eau n'étant "pas un service comme les autres". Il a été adopté le 15 mars et va encore devoir passer le cap de la plénière.

## Rettet die Stromfresser-Babys!

Von einem bemerkenswerten Fall zivilen Ungehorsams berichtet ein Communiqué des Wirtschaftsministeriums. Mehrere Stromkunden hatten sich geweigert, ihre Stromrechnung von Januar vollständig zu bezahlen. Dabei geht es keineswegs um eine Protestaktion gegen den steigenden Atomstromanteil. Die betroffenen Kunden - es handelt sich um Industriebetriebe - störten sich daran, dass sich ihr Beitrag zum Ausgleichsfonds fast verdoppelt hat. Dieser Fonds dient dazu, alternative Energien zu fördern. Ist es Zufall, dass dieser Anflug von Zivilcourage mit der Medienkampagne gegen Solarstrom zusammenfällt? Fakt ist, dass die Solarstromförderung vom Umweltbudget getragen wird. Vom Ausgleichsfonds profitieren zu 80 Prozent die Blockheizkraftwerke ... die häufig von der Industrie betrieben werden. Außerdem sind die größten Unternehmen von den Fondsbeiträgen befreit. Würden Arbed, Dupont und Co mitbezahlen, wäre es für alle günstiger. Mit ihrer Verweigerung hatten die Industriellen Erfolg: Das Ministerium untersucht, wie künftig die Betriebe entlastet werden können. Außerdem wurde der Fondsbeitrag neu berechnet und um 13 Prozent gesenkt. Ob wohl die Weigerung, den Anteil des Militärbudgets bei den Steuern mitzubezahlen, auf das gleiche Verständnis seitens der Behörden stieße?

Greenpeace Einspruch unter [webplaza.pt.lu/greenpeace/news/sotel1.htm](http://webplaza.pt.lu/greenpeace/news/sotel1.htm)

